

# Medieninformation

## Die Regelsätze müssen erhöht werden

Dr. Lothar Stempin, Direktor des Diakonischen Werkes, fordert eine Erhöhung der Regelsätze für die Fürsorgeleistungen ALG II („Hartz IV“) und Sozialhilfe.

„Die jetzige Diskussion ist längst überfällig. Die Diakonie setzt sich seit längerem für eine Erhöhung der Regelsätze ein“, betont Dr. Stempin.

Er begrüßt ausdrücklich, dass CDU-Ministerpräsident und CDU-Bundespolitiker dies im Grundsatz ganz ähnlich sehen.

Die wachsende Not, insbesondere bei Haushalten mit schulpflichtigen Kindern, ist in den Beratungsstellen der Diakonie spürbar. Schon bei den letzten gesetzlichen Änderungen hat das Diakonische Werk gegenüber den hiesigen Bundestagsabgeordneten und der Landesregierung deutlich Kritik geübt.

Weder die Praxisgebühr noch die Eigenleistungen und Zuzahlungen bei der Gesundheitsversorgung sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer und steigenden Energiekosten sind bei der Festsetzung der Regelsätze berücksichtigt worden.

Dr. Stempin: „Mit Ausnahme der im Juli erfolgten Anhebung um zwei Euro ist die Fürsorgeleistung seit 2003 nicht mehr gestiegen. Mit Einführung des ALG II („Hartz IV“) ist die Regelleistung für Kinder ab 7 Jahre 2005 sogar faktisch gesenkt worden.“

Die Situation der Haushalte mit Kindern ist aus Sicht des Diakonischen Werkes besonders bedrückend. Familien, die auf ALG II („Hartz IV“) oder Sozialhilfe angewiesen sind, sehen sich oft nicht in der Lage, die Ausgaben für Ranzen, Turnbeutel, Hefte, Ordner, Schreibmaterial, Kopiergeld etc. zu bezahlen.

„In der amtlichen Bedarfsaufstellung, die den Regelleistungen zugrunde liegt, sind keine Kosten für die Schule vorgesehen“, bemängelt Dr. Stempin. Hier sind gesetzliche

Änderungen notwendig. Da die Folgen von Armut und mangelnder Bildung zuerst in den Kommunen zu spüren sind, appelliert er an diese, hier tätig zu werden, solange auf Bundesebene noch keine Änderungen erreicht werden.

Kinder aus armen Familien bleiben immer häufiger unter sich, ohne gute Schule, Ausbildungsmöglichkeiten und ausreichende soziale Unterstützung. Vielfach fehlende Bildungschancen sind ein Problem, „das Armutskarrieren für die Zukunft vorprogrammiert“.

Weitere Informationen erhalten Sie bei:

Uwe Söhl

Stabsstelle - Sozialpolitische Grundsatzfragen

Tel.: 0531 3703-032